

Gernot Erler

Von der Weltordnung zum Weltchaos?

Die Träume und Wege von Putin, Xi und Trump

Die große Prüfung für Europa kam 2014. Russland annektierte die Krim und begann in der Ostukraine die Separatisten zu unterstützen. Daraus entstand die tiefste Krise zwischen Russland und dem Westen seit dem Kalten Krieg. Die Zukunft der »Europäischen Friedensordnung« erscheint ungewiss. Was ihr Fundament, ihre Regeln und Prinzipien betrifft, geht sie auf das zurück, was in der »Schlussakte von Helsinki« (1975) und in der »Charta von Paris für ein neues Europa« (1990) als Ergebnis des KSZE-Prozesses verbindlich verabredet wurde. Gewaltverzicht, Unverletzlichkeit der Grenzen, Respekt vor den Souveränitätsrechten der Staaten – das alles scheint für Moskau nicht mehr zu gelten.

Europa hat reagiert. Die erste Aufgabe heißt: Die kriegerischen Ereignisse in der Ostukraine, die schon 10.000 Todesopfer gefordert haben, so rasch wie möglich über eine politische Lösung zu beenden. Dazu dient der Verhandlungsprozess im Normandie-Format mit Deutschland, Frankreich, der Ukraine und Russland als Verhandlungspartner, gestützt durch die Beobachtermission (*Special Monitoring Mission*, SMM) und die trilaterale Kontaktgruppe der OSZE in Minsk. In der Praxis geht es um die Umsetzung des Minsker Abkommens, das im Februar 2015 vereinbart wurde. Im Hintergrund steht ein EU-Konsens zur Ablehnung einer jeglichen militärischen Lösung und zur Aufrechterhaltung der Sanktionen gegen Russland, bis deutliche Fortschritte bei der Umsetzung des Minsker Friedensplans erreicht sind.

Rätsel Russland

Wie konnte es zu diesem Desaster für die »Europäische Friedensordnung« kommen? Das russische Verhalten erklärt sich nur mit dem Blick auf eine lange Vorgeschichte der Frustration über die westliche Politik. Die wird als feindselig und rücksichtslos angesehen, was russische Interessen betrifft. Die Stichworte heißen Osterweiterung von NATO und EU, die als völkerrechtswidrig gesehenen militärischen Interventionen im Kosovo, im Irak und in Libyen, die angeblich vom CIA orchestrierten »Farbigen Revolutionen« im Umfeld Russlands (2003 in Georgien, 2004 die »Orangene Revolution« in der Ukraine, 2005 in Kirgistan) und über all dem der Anspruch der Vereinigten Staaten, einzige Weltmacht zu sein und daher Russland einen Umgang auf Augenhöhe verweigern zu dürfen. Der Abschluss eines mit einem umfassenden Freihandelsregime verbundenen Assoziierungsabkommens der EU mit der Ukraine wurde in Moskau als definitiver Zugriff des Westens auf das Nachbarland gedeutet und die Demonstratio-

nen auf dem zentralen Kiewer Platz Maidan als eine vierte »Farbige Revolution« eingestuft, also als ein von Washington gesponserter *regime change* gegen den in Kiew regierenden prorussischen Präsidenten, zugleich verstanden als Blaupause für einen künftigen Umsturz in Moskau.

Was dem Westen unterstellt wird, ist ein Denken in territorial abgegrenzten Einflusszonen. Da kennt man sich in Moskau aus, weil das der eigenen Sichtweise entspricht. Der Untergang des sowjetischen Imperiums im Jahr 1991 hat in der russischen politischen Elite mehr als einen dauerhaften Phantomschmerz ausgelöst. Immer wieder treffen wir auf Versuche zur Reorganisation des postsowjetischen Raums – von den zahlreichen, teilweise gescheiterten Ansätzen im Rahmen der GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) über das Konzept des »Nahen Auslands« bis zu dem großen Putin-Projekt einer »Eurasischen Wirtschaftsunion« (EaWU). Letztere, am 1. Januar 2015 offiziell mit den Teilnehmern Russland, Belarus, Kasachstan, Armenien und Kirgistan aus der Taufe gehoben, wird in Moskau als strategische Antwort auf die EU gesehen und baut auch einige Strukturen der EU nach, eine »Eurasische Wirtschaftskommission« eingeschlossen.

Der Konflikt mit dem Westen hat der EaWU eine erweiterte Bedeutung verschafft. Sanktionen und Gegensanktionen haben die Frage nach den ökonomischen und politischen Alternativen zu Russlands bisheriger Westausrichtung vordringlich gemacht. Der aus der Tiefe der russischen Geschichte übernommene Disput zwischen »Westlern« und »Slawophilen« wurde eigentlich nie richtig beendet. Der *Povorot na vostok* (die »Hinwendung nach Osten«, mit deutlicher Anlehnung an den *Pivot to Asia* der Vereinigten Staaten) und dabei vor allem das Ziehen der chinesischen Karte – das schien eine geeignete Antwort auf die westlichen Sanktionen zu sein. Und in diesem Zusammenhang kann aus Moskauer Sicht die »Eurasische Wirtschaftsunion« mit ihrer Ostgrenze zu China eine wichtige Brückenfunktion übernehmen. Inzwischen ist die EaWU dazu übergegangen, mit anderen Ländern Freihandelsabkommen auszuhandeln, so mit Israel, Indien, Pakistan, dem Iran, Korea, Singapur – das mit Vietnam ist seit dem 5. Oktober 2016 sogar bereits in Kraft. Für den russischen Präsidenten zeichnet sich am Horizont schon ein größerer Rahmen ab. Er spricht von Plänen für eine »große Eurasische Partnerschaft« und versteht darunter eine Vernetzung der EaWU mit OBOR (dem chinesischen Projekt der neuen Seidenstraße *One Belt, One Road*), mit der SCO (*Shanghai Cooperation Organisation*) sowie den BRICS- und ASEAN-Staaten in einer gigantischen Freihandelszone mit dem Anspruch geopolitischer Relevanz.

Es gibt Leute, die das eher als geopolitisches Geraune abtun werden. Die politischen Signale lassen sich aber nicht übersehen. Sie sollen sagen: Russland ist eine aktive euroasiatische Ordnungsmacht; die russlandgeführte EaWU bietet sich als infrastruktureller und ökonomischer Korridor zwischen Asien und der EU an; und Russland hat Alternativen und lässt sich weder durch Sanktionen noch durch Isolierungsmaßnahmen des Westens einschüchtern. Die »Westler« geben deshalb nicht auf. In der Russischen Föderation wird die Frage, ob das Land auf seinem Weg zu einer modernen Gesellschaft und zu einer wettbewerbsfähigen und erfolgreichen Volkswirtschaft ohne die Partnerschaft mit dem Westen Erfolg haben kann, offen und kontrovers dis-

kutiert. Sie ist noch nicht entschieden, die verschiedenen Optionen liegen aber auf dem Tisch. Eines ist klar: Russlands Ausgreifen nach Asien führt zwangsläufig zu einem Aufeinandertreffen mit den Interessen einer anderen aufstrebenden Nation, die sich auch als Ordnungsmacht in dieser Region versteht – nämlich mit China.

Charmeoffensive Seidenstraße

Der im März 2013 ins Amt gekommene chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping hat im Herbst desselben Jahres das Großprojekt »neue Seidenstraße« auf den Weg gebracht. Schon die Namenswahl ist professionell: Der Mythos der historischen Seidenstraße als Kultur- und Handelsbrücke zwischen Asien und Europa erscheint besonders in Zentralasien ungebrochen. Unter dem Dachnamen *One Belt, One Road* versammeln sich zwei gigantische Infrastrukturpläne: der für einen »Seidenstraßen-Wirtschaftsgürtel« und der für eine »maritime Seidenstraße des 21. Jahrhunderts«. Gebaut werden sollen Eisenbahnstrecken, darunter für die renommierten Hochgeschwindigkeitszüge HSR (*High Speed Rail*), Straßen, Brücken, Tunnel, Häfen und Pipelines.

Es geht dabei in erster Linie um chinesische Interessen. Die milliarden schweren Investitionen, die größtenteils über die 2015 gegründete und als Konkurrenz zu Weltbank und IWF konzipierte Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) mit Sitz in Peking sowie über den eigens geschaffenen Seidenstraßenfonds abgewickelt werden, sollen der chinesischen Wirtschaft, die unter Überproduktion leidet, neue Märkte erschließen. Davon sollen vor allem die unterentwickelten Regionen Westchinas profitieren. In die Zielländer sollen der Kapitalfluss und die verbesserte Infrastruktur Prosperität und Stabilität bringen. Natürlich ergeben sich auch neue ökonomische Verbindungen und politische Einflussmöglichkeiten bis hin zu Abhängigkeitsverhältnissen. Eine Zielrichtung der Investitionsflüsse ist Zentralasien, eine wichtige Durchgangsregion für chinesische Exporte bis nach Europa. Aber das Projekt OBOR hat längst die Routen der alten Seidenstraße verlassen. Präsident Xi Jinping schaut etwa auch nach Südamerika, wo im nächsten Jahrzehnt 250 Milliarden Dollar im Rahmen des Seidenstraßenprogramms investiert werden sollen.

Das zeigt die übergeordnete Zielsetzung des Projektes auf. China will die von der amerikanischen Dominanz geprägte herrschende Weltordnung mit ihrem westlich kontrollierten Institutionensystem aufbrechen und eine neue »multipolare Weltordnung« etablieren.

Die »neue Seidenstraße« versteht sich als die chinesische Antwort auf die Ende 2011 ausgerufene *Pivot to Asia*-Politik der Obama-Administration, die als Versuch gesehen wird, Chinas wachsende politische Dominanz im gesamtasiatischen Raum einzuhegen. Als Hinweis darauf betrachten die Chinesen die zahlreichen Militärverträge im pazifischen Raum, die Amerika in den letzten Jahren abgeschlossen hat.

Das Verhältnis Chinas zu Russland lässt sich dagegen am ehesten als distanzierte Partnerschaft beschreiben. In die Lücken, die das westliche Sanktionsregime bei den russischen Importen riss, sind chinesische Anbieter mit Vergnügen eingestiegen – aber zu knallharten Konditionen. Ein Musterbeispiel ist das Pipelineprojekt *Sila Sibiri* (Kraft Sibiriens), dessen Verwirklichung für Russland erhebliche Verluste bringen wird. Eine antiwestliche Blockbildung mit Russland würde chinesischen Interessen

widersprechen. Längst gibt es unverzichtbare Wirtschaftsbeziehungen mit Europa, auch wenn es hier zuletzt auch zu Konflikten gekommen ist. Das Doppeltreffen von BRICS und der »Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit« in der russischen Stadt Ufa im Juli 2016 hat allerdings gezeigt: Vor dieser Ländergruppe kann Xi Jinping genauso erfolgreich für seine »neue Seidenstraße« werben wie Wladimir Putin für seine »große Eurasische Partnerschaft«.

»Multipolare Weltordnung« – das heißt für China und Russland nicht nur Abkehr von der amerikanischen Vormachtstellung in Wirtschaft und Politik. Man geht auch bei der Frage der Allgemeingültigkeit westlicher Werte in die Offensive. Unter Xi Jinping ist es üblich geworden, dass China den Anspruch vertritt, die »weltweit größte Demokratie« darzustellen – eine Zuordnung, in deren Genuss traditionell bisher Indien gekommen ist. Natürlich stellt das eine »Demokratie chinesischer Prägung« dar, ist also nicht deckungsgleich mit unserer westlichen Vorstellung von Demokratie. Aber man will inzwischen selbst Definitionsmacht ausüben, die eigene Zivilisation nicht an den Maßstäben einer anderen Kultur beurteilen lassen und damit natürlich auch der Kritik von außen den Werteboden entziehen.

Auf vergleichbare Strategien treffen wir heute auch in Putins Russland. Wo immer sich Kritik von außen auf den Umgang mit Opposition und Zivilgesellschaft richtet, kommt als Antwort der Verweis auf »traditionelle russische Werte«, die eben mit westlichen Wertvorstellungen nicht identisch seien und etwa auch Homophobie rechtfertigen. Die westliche Diskurshegemonie findet keine Anerkennung mehr. Und bewusst werden Beziehungen zur europäischen Rechten und ihren Parteien aufgebaut, weil eine Kongruenz mit den dort vorherrschenden Wertvorstellungen entdeckt und genutzt wird. Der »multipolaren Weltordnung« im Großen entspricht in der eigenen Gesellschaft die Negierung allgemeingültiger Werte und das Postulat der Gleichberechtigung beliebig gesetzter oder verordneter Wertekanon, auch wenn diese den international ausgehandelten und verbindlichen Werten, Regeln und Prinzipien widersprechen. Im austauschbaren »Dialog der Zivilisationen« löst sich jede Forderung nach Verantwortbarkeit und Legitimationspflicht staatlichen Handelns auf.

Der 8. November

Die Weltordnung mag sich aus der Unipolarität allmählich verabschieden, aber die Vereinigten Staaten bleiben immer noch die Weltmacht Nr. 1 und eine bedeutsame Ordnungsmacht. Wo dieser Status Schaden genommen hat, geschah dies nicht durch andere, sondern durch die amerikanische Politik selbst. Präsident Barack Obama hat die US-Militärinterventionen in Afghanistan und im Irak beendet, die verhängnisvollen Folgen aber bleiben. Stichworte wie Guantanamo, *Waterboarding* und NSA belasten das Prestige der westlichen Führungsmacht. Obama hat als erster »pazifischer Präsident« die Herausforderung durch China erkannt und Maßnahmen getroffen, vor allem militärpolitische. Im Südchinesischen Meer kann es trotzdem jederzeit auch zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommen. Im Umgang mit dem russischen Vorgehen in der Ukraine hat der 44. Präsident klar Position bezogen und dies auch gehalten, als Moskau mit seiner Intervention in Syrien Washington zu einem Austausch auf Augenhöhe zwang. Die beiden anderen Großmächte mit Ordnungs-

machtanspruch – Russland und China – hatten in der Obama-Administration keinen bequemen Partner, aber einen allzeit zugänglichen und berechenbaren.

Die Wahl von Donald Trump zum 45. US-Präsidenten stellt vieles infrage. Normalerweise erwartet man von einem Kandidaten, dass er im Wahlkampf gemachte Ankündigungen auch umsetzt. In diesem Fall besteht die allgemeine Hoffnung darin, dass er wortbrüchig wird und viele seiner Pläne nicht wahr macht. Der Ausstieg aus dem Atomabkommen mit dem Iran, die Infragestellung der Schutzgarantie der NATO und ein Kurswechsel in der Syrienpolitik, da Baschar al-Assad als angeblicher IS-Bekämpfer eher Schutz verdiene – all das würde zu einer unmittelbaren Gefährdung von Frieden und Sicherheit führen. Das Schlimmste aber sind die Schäden, die durch Trumps Wahlkampf im Bereich der politischen Kultur des Westens entstanden sind. Werte wie Berechenbarkeit, Fairness, Wahrheitstreue, Respekt für Andersdenkende, für religiöse Überzeugungen, für Minderheiten, die Achtung von Frauen – das alles hat er weggeschwemmt und ersetzt durch das Prinzip »alles, was mir nützt, ist erlaubt«. Hier wurde die Regelverletzung zum Prinzip, und sei es, um Aufmerksamkeit zu gewinnen. Der Erfolg dieser Strategie, beklatscht von allen Rechtspopulisten dieser Welt, wird Folgen haben, auch für die Weltordnung. Wo soll noch eine Autorität herkommen, die Regelverletzungen und Verstöße gegen gemeinsame Werte offen benennt und zurückweist, die eine Politik der globalen Verantwortungspartnerschaft glaubhaft einfordert und die wirksame Mittel gegen den Ansehensverfall des Politischen überhaupt findet? Nur eine gerechtere Weltordnung wird zu mehr Frieden führen. Der sich ausbreitende Wertehilismus spiegelt einen Stimmungstrend, führt aber ins Nirgendwo.



Gernot Erler

MdB, Staatsminister a.D., ist Koordinator der Bundesregierung für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft.

gernot.erler@bundestag.de

Tom Goeller

USA – von der Gründungsidee zur heutigen weltpolitischen Rolle

Für Verschwörungsliebhaber ist die NWO, wie sie den Begriff *Neue Weltordnung* gerne abkürzen, Realität. Ihrer Einbildung nach wird die ganze Welt längst wahlweise vom »internationalen Finanzjudentum«, den Freimaurern, die gleichzeitig »Agenten des internationalen Zionismus« sein sollen, imaginären Templern, Illuminaten, Rosenkreuzern oder von allen zusammen regiert, gemeinsam noch mit den »Bilderbergern«, einer Gruppe einflussreicher Personen aus Wirtschaft, Politik, Militär, Medien und Kirchen, die sich seit 1954 jährlich unter viel Geheimnistuerei im Hotel Bilderberg im niederländischen Ort Oosterbeek treffen. Sie ordnen angeblich die Welt neu, sind die wahren Puppenspieler, die die scheinbar Mächtigen dieser Welt an ihren Fäden hin- und herziehen.